Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 40. Sonnabend den 16. Februar. 1850.

Inhalt.

Deutschland.

Zur socialen Frage.

II.

Es ist vielfach in socialistischen Schriften von einem Recht auf Arbeit die Rede gewesen, indem man behauptet hat, der Staat habe die unbedingte Verpflichtung, seinen arbeitsfähigen Angehörigen unter allen Umständen Arbeit zu gewähren. Ein solches Recht giebt es aber nicht. Der Staat als Arbeitgeber steht in keinem anderen Verhältnisse zu den Arbeitnehmern, als der Private, und man wird vernünftigerweise nicht den Satz aufstellen, der Begüterte könne rechtlich gezwungen werden, dem Bedürftigen Arbeit zu geben, wenn letzteres nicht mit seinem Interesse zusammenfällt, d. h. wenn er nicht die Arbeitsleistung brauchen kann. Jede Arbeitsbestellung ist ein so genannter lästiger, eine Leistung und Gegenleistung voraussetzender Kontrakt, demgemäß der Arbeitsgeber sich Arbeiten oder Dienste, der Arbeitsnehmer eine Entschädigung an Geld oder geldwerthen Vortheilen, jeder Theil mithin einen Nutzen sich verspricht. Sobald nun dem Arbeitgeber die Arbeit keinen Nutzen schafft, er sie mithin lediglich im Interesse des Arbeitnehmers giebt, damit dieser allein dabei verdiene, so wird aus dem ursprünglich lästigen Vertrage ein rein wohlthätiger, d. h. ein solcher, von dem nur ein Theil Gewinn zieht. Zu einer Handlung der bloßen Wohlthätigkeit kann aber weder ein Privatmann noch der Staat rechtlich genöthigt werden.

Von einer rechtlichen Verbindlichkeit, Jemandem Arbeit zu geben, wenn man dieselbe nicht nöthig hat, kann also ein für alle Mal nicht die Rede sein. Etwas Anderes ist es, wenn eine moralische Verbindlichkeit des Staats angenommen wird, den arbeitsfähigen Staatsangehörigen Arbeit zu gewähren. Diese ist allerdings vorhanden und im Begriffe und Wesen des Staats selbst begründet, welcher dazu da ist, alle seine Glieder nach ihren Fähigkeiten zu verwenden und vor dem Untergang zu schützen. In diesem Sinn sind auch die gesetzlichen Vorschriften zu verstehen, auf welche man sich zum Beweise eines vorhandenen positiven Rechts des Einzelnen auf Arbeit berufen hat,

Indem §. 1 des Allg. Landrechts Th. II. Tit. 19 von Armenanstalten dem Staat die Verpflichtung auflegt, die Arbeitsunfähigen in Ermangelung anderer dazu Verpflichteter, zu erhalten, bestimmt §. 2, daß denjenigen, welchen nur Mittel und Gelegenheit mangelt, ihren Unterhalt zu verdienen, Arbeiten angewiesen werden sollen. Schon in dem Worte sollen liegt ganz deutlich, daß diese Anordnung keinen Zwang festsetzt, sondern eine Verwaltungsmaaßregel in sich faßt, die nach Befinden der Umstände und wenn nichts entgegensteht, zur Anwendung kommen soll. Hätte der Gesetzgeber eine Zwangspflicht hinstellen wollen, so würde er das Wort: müssen, statt sollen gebraucht haben. Es wird offenbar nur zur Geltung gebracht, daß dem Staat mehr Mittel und Gelegenheit zur Beschäftigung Arbeitsfähiger zu Gebote stehen, als dem Einzelnen. Dies schließt jedoch die Möglichkeit nicht aus, daß auch der Staat gelegentlich Mangel an zu vergebender Arbeit, oder an Mitteln, Arbeit zu bezahlen, leiden könne. Wer wollte in solchem Fall Arbeit als Recht von ihm beanspruchen? Wenn wir hienach auch überzeugt sind, daß eine Berechtigung des Proletariats Arbeit zu fordern, nicht vorhanden, so ist doch seine Hülfsbedürftigkeit außer allem Zweifel. Was kann nun aber zur Abhülfe geschehen?

In unserem 1. Artikel haben wir schon erwähnt, daß den schreckenerregenden socialen Zuständen eine gründliche Abhülfe nur dadurch gewährt werden kann, wenn man das Uebel bei der Wurzel faßt, wenn man für die Zukunft wirkend, die bessere Erziehung der Jugend, der Kinder des Proletariats, sich zur Aufgabe macht. Daß aber auch jetzt schon etwas geschehen muß, sind wir der Menschheit nicht blos, das sind wir unserer eigenen Sicherheit schuldig. Wer etwas zu verlieren hat, der weigere sich nicht, einen Theil zu opfern, um den anderen sich zu erhalten. Erleben wir noch ein Jahr 1848, nun dann sind die socialen Verhältnisse so darin verwebt, daß das Mein und Dein die Hauptrolle dabei spielen wird. Alle Vorschläge nun aber, sich auf unser jetziges Proletariat beziehend, sind nur palliative, die, wie Herr von Haza bei seinen Vorschlägen sehr richtig sagt, in schwachen Dosen gegeben, ohne jede Wirkung bleiben, und nur wie ein Tropfen Wasser im Meere verschwinden würden. Ob aber die vom Herrn von Haza vorgeschlagenen Mittel von dem Erfolge sein werden, wie sie seine Phantasie sich gemacht, möchten wir schon um deshalb bezweifeln, weil er diese von uns nur für palliative gehaltenen Mittel, schon für die Radikal-Kur selbst hält. Stark sind seine Dosen allerdings, doch heilt die Quantität der Arznei die Krankheit nicht, das rechte Mittel muß getroffen sein; um das zu finden, muß man den Sitz derselben richtig erkannt haben. So wohlwollend die in der kleinen Brochüre enthaltenen Vorschläge auch sind, so haben sie von vorn herein schon den großen Fehler, daß sie nur auf einem Theil dieser unglücklichen Verhältnisse basirt sind, diese im Auge haltend, nur an das Proletariat auf dem platten Lande denken. So groß nun auch die Leiden gerade dieser Klasse der Armuth sind, so nothwendig und wünschenswerth es erscheint, dem armen Tagelöhner Hülfe bringend beizuspringen, so können diese Zustände sich dennoch nicht messen mit denen in den Fabrikgegenden. Die armen Weber besonders sind es, die wohl in jeder Beziehung ein Loos gezogen, das in vollem Maaße die Aufmerksamkeit des Staates in Anspruch nehmen muß, um so mehr sie in der Zeit der politischen Bewegung sich als die bereitwilligsten Schildknappen der Umsturz-Partei gezeigt haben. Hier kommt zu der bittersten Noth noch die Anhäufung der Unglücklichen auf einem engen Raum. Das ländliche, Ackerbau treibende Proletariat ist im Verhältniß dünn auf verschiedene Gegenden vertheilt, indeß die Fabrikarbeiter, hundertweise beisammen lebend, gern bereit sind, den Worten der Verführung ihr Ohr zu leihen, die statt des trockenen Brotes — ihnen Ueberfluß versprechen. Zu diesen Uebelständen tritt in der Zeit der Noth und Unruhe nun noch das Stocken der Geschäfte, mit ihm die Unmöglichkeit für Fabrikherrn, dem Arbeiter Arbeit zu geben, indeß der Grundbesitzer sein Proletariat immer noch wird beschäftigen und es, fehlt das baare Geld auch einmal, mit den Erzeugnissen seines Bodens bezahlend, doch vor dem Hungertode schützen kann. Gegen all' das Elend helfen die Vorschläge des Herrn von Haza nichts, denn wollte der Fabrikarbeiter, am Webstuhl kein Brot findend, sich mit dem Spaten und der Hacke melden, so würde der entnervte Körper, der von der frühsten Jugend an hinter den Webstuhl gebannt, seine physischen Kräfte nie entwickelt, bald von der ungewohnten Arbeit erschöpft, nicht das trockene Brot verdienend, in einer traurigeren, hülfsbedürftigeren Lage, als vorher sein.

Ehe wir jedoch diejenigen Mittel besprechen, die eine Abhülfe unserer jämmerlichen socialen Verhältnisse bewirken können, wollen wir zuvörderst auf die letzteren selbst eingehen, und von ihnen ein klares Bild entwerfend, fragen: wie sind wir in diese Zustände gerathen? Nur durch eine klare Anschauung des Uebels ist eine Hebung desselben möglich. Bei einem richtigen Erkennen seiner Größe und der damit verbundenen Gefahr für die menschliche Gesellschaft, kann es gelingen, ehe die eigentliche Kur begonnen wird, diejenigen Palliative anzuwenden, die auf dieselben eingehend, vorläufig nur das gänzliche Ueberhandnehmen der Krankheit verhindern sollen, und so dieselbe brechend, der besitzenden Klasse die Garantie gewähren, auf welche dieselbe, wegen der zu bringenden Opfer, jedenfalls Anspruch hat.

In den nächsten Artikeln werden wir daher eine kurze Geschichte unserer socialen Zustände bringen, hierauf wird eine Beleuchtung der Gefahren folgen, die für die besitzende Klasse aus einem etwaigen Mißbrauch des Proletariats durch die Demokratie, bei vorkommenden Eventualitäten, entstehen kann. Hieraus wird sich selbstredend die Nothwendigkeit ergeben, um der eignen Existenz Willen, Opfer zu bringen. Dem soll sich dann endlich eine Besprechung derjenigen Mittel anschließen, die den Nothstand des Proletariats abzuhelfen, geeignet sein dürften.

⊙ **Berlin**, den 14. Febr. Leider gewinnt es immmer mehr Wahrscheinlichkeit, daß der Kriegsminister v. Strotha wegen angegriffener Gesundheit aus dem Ministerium ausscheiden wird. Die Wünsche und Vorstellungen seiner Kollegen sind nicht im Stande gewesen, ihn zum Verbleiben zu bestimen. Die Dänische Sache nimmt unter eifriger Mitwirkung Englands nachgehends wenigstens eine solche Gestalt an, daß der Ausbruch neuer Feindseligkeiten und Erneuerung der Blokade nicht zu fürchten steht. Wie man hört, sollen in Berlin mehrere neue Kasernen gebaut werden. Man kann daraus schließen, daß die Hauptstadt Preußens für die Dauer eine stärkere Garnison erhalten werde. Gestern hat eine Konferenz der Führer der demokratischen Partei stattgefunden. Es ist der Beschluß gefaßt worden, im Verein mit den Steuerverweigerern eine Denkschrift herauszugeben, in welcher gezeigt werden soll, daß Preußen mit der gegenwärtigen Verfassung nicht gedeihen könne. Speziell wurde ausgemacht, mit der Abfassung Herrn Rodbertus nicht zu beauftragen. Einzelne Geständnisse, welche bei dieser Gelegenheit zum Vorschein kamen, sprechen nicht für die Stärke und Festigkeit dieser Partei. Die Vereine liefen Gefahr, sich in Wohlgefallen aufzulösen, wenn die Regierung nicht durch wiederholte Auflösung der Sitzungen das Interesse belebe oder von außen her ein neuer Anstoß erfolge: solche und ähnliche Dinge konnte man hören. Die Berliner Wahlmänner für das Erfurter Parlament werden den Abgeordneten ein Festmahl geben. Die Eingeladenen haben indeß den Wunsch zu erkennen gegeben, daß dieses Mahl bis nach dem Schluß der Kammer (26. Februar) verschoben werden.

Berlin, den 14. Februar. Die „Const. Corresp." enthält Folgendes: Trotz der Theilnahmlosigkeit für den Erfurter Reichstag, die nach den demokratischen Angaben das ganze Preußische Volk erfüllen soll, richtet doch die allgemeine Theilnahme mehr und mehr ihre Augen nach Erfurt, wo man von der besonnenen Vaterlandsliebe einer großen Anzahl der besten Männer Deutschlands die definitive Gestaltung des engeren Bundesstaats erwartet. Die guten Erfurter selbst scheinen uns übrigens Schiller's Worte: „Die Gelegenheit ist günstig", schlimm zu deuten, insofern sie, dem Vernehmen nach, ihre Ansprüche in Betreff der Wohnungsmiethen in einer Weise gesteigert haben sollen, in Vergleich zu welcher die Abgeordneten zu Frankfurt bei weitem billiger gewohnt haben würden. Hoffentlich ist eine derartige Spekulation auf die Diäten der Abgeordneten nur das Ergebniß der ersten Hitze und unser Rath käme dann nicht zu spät, daß die Herren Abgeordneten sich nicht diesem ersten Feuer aussetzen, sondern die Politik des großen Fabius beobachten mögen, der bekanntlich „Zaudern" für „Handeln" hielt. Platz ist zuletzt für Alle, und die Erfurter werden bald erkennen, daß die Zukunft der Gegenwart opfern, nicht die Sache der Weisen ist.

Berlin, den 15. Febr. Der heutige Staats-Anz. enthält das Gesetz, betreffend die Stellung unter Polizei-Aufsicht vom 12. Februar unter Aufhebung des Gesetzes vom 24. Septbr. 1848. Zu bemerken ist die constitutionelle Publikations-Formel: Wir, Friedrich Wilhelm rc. verordnen, mit Zustimmung beider Kammern, was folgt.

Thorn, im Februar. (Berl. Nachr.) Ueber die großen politischen Fragen wollen wir die kleinen Lebensbedürfnisse um so weniger vergessen, als diese offenbar eben so hohen Werth haben, wie jene. Dieser Winter stellt es in ein grelles Licht, wie armselig noch unsere Communikationen sind. Es giebt jetzt in unserer Gegend keine Wege mehr! Die wenigen Meilen Chaussee in der Umgegend wollen nicht viel sagen, und die großen Landstraßen sind nichts weniger als dieses, da sie meistens tiefer liegen als die Aecker, Kanäle, in welchen sich der Schnee berghoch aufgethürmt und nun in Eis und Wasser umgewandelt hat. Diese Straßen sind daher nur theilweise zu passiren und der gewöhnliche Verkehr, sowie der Postenlauf, haben sich andere Wege über Aecker und Wiesen schaffen müssen. Nachts fahren die Posten nicht mehr, sondern man übernachtet auf den Stationen. Aber auch am Tage sind die Fahrten gefahrvoll. Der fette Boden ist durchweicht und es haben sich Seen gebildet; entweder also muß man darauf gefaßt sein, im Lehme stecken zu bleiben, oder öfter ein kaltes Bad zu genießen. Glücklich, wer sich noch eines ganz leichten Fuhrwerks und ebenso starker, als leichter Pferde bedienen kann, um wenigstens durch die Wassermassen schnell hindurchzukommen. Wer mit den Posten zu fahren genöthigt ist, dem rathen wir, auf Alles gefaßt zu sein, und sich glücklich zu preisen, wenn er gesund und mit ganzen Gliedern an das Ziel gelangt. Auf den Touren nach Graudenz nach Straßburg sind bereits 7 Postschlitten im Wasser und Lehm stecken geblieben, und zwar so, daß man, nachdem Menschen und Pferde in Masse vergeblich aufgeboten waren, die Fuhrwerke ihrem Schicksale überlassen mußte. So sollten unter Anderen neulich Reisende einen Dümpel passiren, standen aber davon ab, da sie bei näherer Besichtigung aus der Mitte des Sumpfes eine Deichselspitze heraustecken sahen, die genug sagte. — In der Culmseer Gegend warf neulich die Post um, so daß das Wasser sogleich einen Fuß hoch im Wagen stand. Die Damen, welche darin waren, mußten sich auf der, über Wasser liegenden Seite des Wagens zum Fenster hinaus retiriren und dort eine Stunde im Regen, wie auf einer Insel, zubringen, dann, als Hülfe kam, durch das einige Fuß tiefe Wasser waten. — Auf dem Wege nach Straßburg, und zwar auf der Stelle, wo vor drei Jahren zwei tüchtige Pferde ertrinken oder ersticken mußten, da man sie nicht herausziehen konnte, ist neulich wieder die Post stecken geblieben; zwölf Pferde vermochten den Wagen nicht herauszuziehen, so daß man ihn bis auf bessere Zeit im Loche stecken lassen mußte. Dergleichen und ähnliche Vorgänge sind nun nicht etwa nur Folge dieses strengen Winters, sondern fast in jedem Jahre spielen sie mehr oder weniger eine Rolle. Wenn Angesichts dessen die Stimmung unserer Gegend den 21 Millionen Thalern nicht günstig ist, welche für die Eisenbahn nach der Provinz Preußen verwendet werden sollen, so ist dies sehr natürlich, und ebenso natürlich, daß man vielseitig dahin trachtet, die Bitte um Chausseen, welche den Behörden schon fast bis zur Ermattung vorgetragen ist, nunmehr in die Liturgie, als feststehendes Kirchengebet, aufgenommen zu sehen. — Segne uns, o Herr, und alle Königlichen Länder, und gieb uns baldigst Chausseen!

Köln, den 11. Febr. Ueber das Hochwasser wird Folgendes berichtet. Aus **Coblenz** vom 9. Der Rhein ist heute wieder um ein Merkliches gefallen und fast gänzlich aus den Straßen bis hinter die Fortifikationsmauer zurückgewichen. Die Werfte stehen noch unter Wasser. Die Höhe desselben um 8 Uhr beträgt 22 Fuß. — Aus **Neuß** vom 6. Heute Nacht gegen $11\frac{1}{2}$ Uhr ist bei einem starken Winde und starkem Wellenschlage der Damm bei Heerd durchgebrochen, wodurch die untere Gegend nach Lank, bis Oedingen und Büderich, Ober- und Niederlörik sehr stark überschwemmt sind; auch Ober- und Niederkassel leidet dadurch sehr viel. — Aus **Oberwesel** vom 7. Das Unglück, welches durch den Eisgang vom 30. v. M. bis 4. d. M. die Stadt Oberwesel und unsere Nachbarstadt Bacharach betroffen, ist außerordentlich. Dadurch, daß das Eis sich sechsmal stellte, was besonders am 30. Januar und 2. Februar mit der größten Schnelligkeit eintrat, und durch das Aufthürmen des Eises, über die Höhe der Stadtmauer und Häuser, die Vernichtung der ganzen Stadt befürchten ließ, wurden die Einwohner in ihren Wohnungen und ihren Betten vom Wasser überrascht. Es war ein schrecklicher Anblick, Weiber und Kinder schreiend und nackt, im Hemde, durch das Wasser nach den höher liegenden Stadttheilen flüchten zu sehen, während die Männer mit der größten Lebensgefahr das Vieh aus den schon überschwemmten Ställen zu retten suchten. An Rettung von Lebensmitteln und Hausgeräthen war nicht zu denken. Das Jammergeschrei der Menschen, das Läuten der Nothglocke, das Getöse der vom Wasser gedrängten Eisberge, das Brüllen des herumirrenden Viehes war fürchterlich; aber trauriger sah es in den Gebäuden aus, als das Wasser, nachdem das Eis sich zum letztenmale in Bewegung gesetzt und sich endlich Bahn gebrochen hatte, aus denselben zurückgewichen war. Straßen, Gassen, Häuser, Ställe und Felder waren voll Eis; Thüren, Fenster, Wände, Stubenböden waren theils eingefallen, theils vom Eise eingeschlagen und die Trümmer waren mit Betten und Hausgeräthen, mit Eis und Schlamm bedeckt durcheinander. Der Schaden ist außerordentlich!

Frankreich.

Paris, den 9. Febr. (Köln. Z.) Vorgestern Abend war große Abendgesellschaft und Ball im Elysée. Man spricht wieder von einer großen Revue, welche L. Napoleon nächstens über die hiesige Besatzung halten werde. — Der Ministerrath war heute Mittag versammelt und die Schweizerfrage abermals Gegenstand der Berathung. Nach der „Estafette" wäre jede Bedenklichkeit der Lage verschwunden, indem Depeschen Dufour's gemeldet hätten, daß er sich anschicke, den Forderungen Oesterreichs und Preußens genugzuthun. — Abermals spricht man von einem Ministerwechsel und bringt damit den Umstand in Verbindung, daß Lamartine gestern vom Präsidenten ins Elysée berufen

wurde. — Man bemerkte heute Mittag dahier wieder bedeutende Truppenbewegungen. Ein bedeutender Transport Artillerie nebst Munition nahm seinen Weg über die Quai's. — Zwischen den Führern der Socialisten und dem unter dem Namen „Freunde der Verfassung" bekannten Theile der republikanischen Partei haben Conferenzen stattgefunden, deren Zweck eine Verständigung über die bei den hiesigen Ersatzwahlen aufzustellende Candidatenliste ist. Die „Freunde der Verfassung" schlagen Girardin, Forestier und Goudchaux vor; man weiß noch nicht, ob diese Liste Annahme finden wird. — Der Polizei-Präfekt hat den Polizei-Commissaren und seinen übrigen Agenten befohlen, in den Carnevalstagen keine Masken, welche die mindeste politische Anspielung darbieten, auf den Straßen zu dulden. Dieser Befehl soll hauptsächlich deshalb ergangen sein, weil Carlier erfahren hat, daß eine Anzahl Studenten ihn selbst, von seinen Polizeiagenten umgeben, darstellen wollen. — Seit gestern Abend ist das wunderliche Gerücht verbreitet, daß England nach Erledigung der Griechischen Angelegenheit auch die Küsten von Neapel und Sicilien blokiren werde.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird die am Schlusse der gestrigen Sitzung begonnene Discussion über die Ersetzung der Naturalleistungen zur Unterhaltung der Gemeindewege durch proportionirte Besteuerung fortgesetzt. Die erste Berathung des Gesetzes wird geschlossen und die Versammlung genehmigt den Uebergang zur zweiten Berathung, bei der erst die einzelnen Bestimmungen zur Sprache kommen werden. Die Tagesordnung bringt jetzt die erste Berathung über den Vorschlag mehrerer Montagnards zur Begünstigung der Arbeiter-Associationen bei der Concession der öffentlichen Bauten. Nadaud, einer der Urheber desselben, der selbst ein Arbeiter ist, giebt der Majorität zu bedenken, daß es von jeher die Conservativen aller Regierungen gewesen sind, die das Land in gewaltsame Katastrophen gestürzt haben, und verlangt Reformen im Interesse der Arbeiter, um nahe, vielleicht von schrecklichen Folgen begleitete Revolutionen zu vermeiden. Er geht dann auf die einzelnen Uebelstände bei der gebräuchlichen Concessionsweise öffentlicher Bauten etc. ein und sucht nachzuweisen, daß der Staat und besonders die Arbeiter durch die zahlreichen Zwischen-Unternehmer und Agenten an 40 pCt. von den für die öffentlichen Bauten bestimmten Summen zu verlieren pflegen. Er folgert, daß in Zukunft der Staat seine Bauten direkt an Arbeiter-Associationen übertragen soll. L. Faucher, Berichterstatter des Prüfungs-Ausschusses, antwortet sehr kurz, daß Nadaud nichts anderes wolle, als die Arbeiter der Anarchie überliefern, und daß er auf seine Einzelheiten, die durchaus hypothetischer oder ungewisser Natur seien, nicht weiter eingehen könne.

Großbritanien und Irland.

London, den 8. Febr. (Köln. Zeit.) Ueber die Griechische Angelegenheit stellt die „Times" folgende Betrachtungen an: „Wir wissen nicht, in wie weit die im Parlamente abgegebenen Erklärungen oder die Papiere, welche vorgelegt werden sollen, den Tadel dieses Landes entwaffnen werden. Aber wenn man auch im Hause der Gemeinen Gleichgültigkeit gegen einen so trivialen Vorfall affektiren mag, Europa wird ihn mit ganz anderen Gefühlen aufnehmen. Er dient als praktischer Beleg für alle jene Anklagen, welche ein bedeutender Theil der fremden Presse gegen die sogenannte „„Anmaßung"" und „„Verrätherei"" Englands häuft, indem sie erklärlicher Weise das Benehmen einiger Individuen mit dem Geiste und der Politik der Nation verwechselt. Er gibt der in unseren Tagen schon zu sehr herrschenden Ansicht neues Gewicht, daß die Streitkräfte Englands angewandt werden, um Anarchie anzuschüren, um die Schwachen einzuschüchtern und um diejenigen zu ärgern, welche zu provociren weniger sicher sein möchte. Ohne Zweifel sind diese Vorstellungen sehr übertrieben und bis zu einem gewissen Grade ungegründet. Unmöglich darf man den ausgezeichnetsten Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung dergleichen verächtliche und verderbliche Absichten zur Last legen, und ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung finden sie sich in Händel verwickelt, welche von der ganzen Menschheit verdammt zu werden verdienen. Ganz besonders schmerzlich empfinden die Wirkung solcher Ereignisse diejenigen, welche, wie wir, der Regierung wegen der Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen im Allgemeinen eine willige und unabhängige Unterstützung leihen."

Ostindien.

Bombay, den 3. Januar (Calcutta, 22. Dezember). Oberst Lester hatte den Befehl erhalten, mit einer Abtheilung leichter Infanterie gegen die Kuks, einen an der Gränze des Britischen Gebietes wohnenden Volksstamm, welcher Raubzüge in die Ebene gemacht hate, zu marschiren; wie man glaubte, hatten sie die Absicht, Gefangene mit sich hinwegzuführen, um dieselben ihrem verstorbenen Häuptlinge als Todtenopfer darzubringen, da bei ihnen die Sitte herrscht, für jedes Lebensjahr ihres Häuptlings einen Menschen zu opfern. Der Oberst Bradshaw hatte mit 2500 Mann Peschawer verlassen, um einige Dörfer, die sich geweigert hatten, Tribut zu bezahlen, zu unterwerfen. Am 10 Dezember erreichten die Englischen Truppen das in einer tiefen Schlucht gelegene Dorf Sunghao, wo sie den etwa 2000 Mann starken Feind am folgenden Morgen angriffen, nach einem hartnäckigen Gefechte von ungefähr 5 Stunden zum Rückzuge zwangen und dann das Dorf anzündeten. Die Engländer hatten 5 Todte und 17 Verwundete. Dieser Verlust wurde hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß ihre Gegner von den umliegenden Höhen Steine auf sie warfen. Die Indier sollen an 100 Mann verloren haben. In Folge dieser Niederlage bezahlten sie den rückständigen Tribut für das vergangene Jahr und versprachen gute Aufführung für die Zukunft. Am 13ten und 14ten rückten die Engländer weiter vor und griffen mehrere andere Dörfer an. Es gelang ihnen, den Feind aus denselben zu vertreiben, obgleich erst nach heftigem Widerstande. Die Häuser wurden zerstört. Man erwartete, daß binnen Kurzem eine allgemeine Unterwerfung erfolgen werde. Der Rajah von Sikkim hat die beiden gefangenen Englischen Gelehrten, Dr. Campbell und Dr. Hocker, in Freiheit gesetzt.

Kammer-Verhandlungen.

116te Sitzung der ersten Kammer vom 12. Februar.

Tagesordnung: 1) Antrag des Grafen v. Itzenplitz wegen Betheiligung der ersten Kammer bei der in der ersten zweiten Kammer erwählten Kommission für Grundsteuer-Ermittelungen, 2) die nochmalige Abstimmung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Gemeinheitstheilungs-Ordnung und 3) der Bericht, betreffend die Zins-Garantie für die Actien der Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Crefeld-Kreis-Gladbacher Eisenbahn.

Der Antrag des Grafen Itzenplitz (Punkt 1 der Tagesordn.) ist durch die darunter befindlichen Unterschriften ausreichend unterstützt und geht zur schleunigen Berichterstattung an die Finanzcommission. Der Finanzminister erklärt, die Regierung habe eine Betheiligung der ersten Kammer nicht ausgesprochen, weil das Mandat derselben Ausgangs des laufenden Monats erlischt. Der zweite Punkt der Tagesordnung wird durch Annahme des betreffenden Entwurfs erledigt. Die Kammer geht zum letzten Gegenstand der Tagesordn. über. Die Commission beantragt in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer, die Garantie für die Actien der Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Crefeld-Kreis-Gladbacher Eisenbahn zu bewilligen. An der Debatte betheiligt sich wiederholt der Herr Handelsminister.

Abg. Wachler aus allgemeinen Gründen dagegen. Wo eine faule Sache begonnen ist, da muß nicht immer der Staat eintreten, um zu helfen, auch gestattet es unsere Finanzlage jetzt am wenigsten, eine Zinsgarantie zu übernehmen. Nach langen Friedensjahren sind wir jetzt an den Ort wiederzurückgekommen, von dem wir ausgegangen waren. Wir haben eine Anleihe von 21 Millionen bewilligt, wir haben ungefähr 160 Millionen in Rentenbriefen auf uns genommen und 25 Millionen vom Vereinigten Landtage her liegen noch auf uns für Eisenbahnen. Für die armen Unterrichter haben wir nicht soviel, um ihnen mehr als 25 Thaler pro Kopf zu bewilligen, aber für Aktien-Unternehmungen, dafür haben Sie Geld und Garantie! Der Schatz ist Alle! Alle Bestände sind verwendet. Bei Nothfällen wird an die Taschen des Volkes appellirt werden müssen und wie ich höre ist heute schon an die zweite Kammer die Forderung von einigen 80*) Millionen gestellt worden. Darum bitte ich Sie, den Gesetzentwurf zu verwerfen und nicht Aktien-Unternehmer zu unterstützen, die nicht die Courage haben, ihre Unternehmung aus ihrem eigenen Beutel zu bestreiten.

Allg. Milde spricht gegen den Gesetzentwurf, indem er auf Preußens Finanzlage eingeht, und berechnet, daß 97 Millionen in drei Jahren mehr ausgegeben, als eingenommen worden, daß man also den Credit sparen müsse für die Zukunft.

Der Handelsminister bemerkt, daß man Industriegegenden nicht besser heben könne, als durch Anlage von Communikationsmitteln. Die Kammer werde wohl überzeugt sein, daß die Regierung nicht im Interesse der Actionaire die Vorlage eingebracht habe.

Finanzminister v. Rabe: Ich habe, ehe ich meine Zustimmung zu der Vorlage gab, geprüft, ob die Zinsgarantie in Anspruch genommen werden würde. Ich kenne die Landesgegend genau, weiß, welcher starke Verkehr dort ist, und bin der festen Ueberzeugung, daß die Garantie nicht in Anspruch genommen werden wird. Ich war eigentlich durch den Beschluß des Vereinigten Landtags ermächtigt, Zinsgarantie zu übernehmen bis zum Betrage von 25 Millionen, habe es aber für meine Verpflichtung, als constitutioneller Minister, gehalten, die Genehmigung der Kammern einzuholen (Zustimmung.) Sie können wohl denken, daß wir Ihnen eine Zinsgarantie nicht zumuthen würden, wenn wir von der Rentabilität nicht überzeugt wären.

Abg. Milde bemerkt, daß der Verkehr in jener Gegend doch wohl nicht so stark sein könne, da die Chaussee-Einnahmen dort pro Meile 760 Thlr., in den altländischen Provinzen aber 1100 Thlr. betragen.

Minister v. Rabe entgegnet hierauf, daß der dortige Verkehr meist Personen- und Postverkehr sei. Die Post zahle aber kein Chausseegeld. Das Argument passe also nicht. — Es werden 6 Anträge auf namentliche Abstimmung eingebracht, und genügend unterstützt. Der Namensaufruf über den Gesetzentwurf wird hierauf vorgenommen. Im Ganzen stimmen dafür 69, dagegen 63, der Abstimmung enthalten sich 6. Das Gesetz ist also angenommen.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Rentenbankgesetz.

105te Sitzung der zweiten Kammer vom 13. Februar.

Der Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung bald nach $12\frac{1}{4}$ Uhr. — Bürgermeister Rohde (wenn wir richtig verstanden haben) aus Ostpreußen tritt als Mitglied der Kammer ein und leistet den verfassungsmäßigen Eid. Abg. v. Zychlinski ist aus der Kammer ausgeschieden. Die Berathung der Gemeindeordnung wird fortgesetzt; zunächst §. 2 ohne Diskussion angenommen. Ebenso die ersten Absätze des §. 3. Der fünfte Absatz: Bis zum Erlasse näherer Bestimmungen können Waldbesitzer zu den Gemeindeabgaben und Lasten in höherem Maaße als bisher nur in so weit gegen ihren Willen herangezogen werden, als es von der Kreisversammlung und von dem Regierungs-Präsidenten für angemessen erachtet wird, findet unter Annahme eines Amendements des Grafen Arnim, für Kreisversammlung zu setzen: vom Bezirksrathe im Einverständniß mit dem Regierungs-Präsidenten, die Zustimmung der Mehrheit. Der siebente Absatz wird mit einem Zusatz bereichert. Er lautet danach: Zeitweilige Vereinungen von Gemeinde-Abgaben und Leistungen für neubebaute Grfundstücke sind zulässig. Der achte Satz ist von der Commission abgeändert worden. Bei der Abstimmnng wird die Fassung der ersten Kammer adoptirt. Alle sonstigen nicht persönlichen Befreiungen können von den Gemeinden abgelöst werden und hören auf, wenn die Entschädigung festgestellt und gezahlt ist. Alle persönliche Befreiungen sind ohne Entschädigung aufgehoben. §. 4 setzt die Bedingungen fest, unter welchen das Wahlrecht in der Gemeinde ausgeübt werden soll. Ein Amendement will das Steuerminimum von 2 Thlr. auf 1 Thaler herabsetzen.

Der Berichterstatter v. Patow widerspricht dieser Herabsetzung, die gar keine Bedeutung haben würde, indem jeder, der für selbstständig gilt, mindestens 2 Thaler zu zahlen habe.

Der Minister des Innern: Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich principiell ein Gegner jedes Census bin. (Bravo rechts.) Dagegen scheint es mir von Wichtigkeit, nur solche Menschen an der Verwaltung der Commune und des Staats Theil nehmen zu lassen, die ein wahrhaftes Interesse an der Commune haben. Ich weiß sehr wohl, daß viele Staatsbürger ohne ihre Schuld häufig einen Wohnort mit dem andern vertauschen müssen, dennoch aber bleibt es wichtig, daß diese nicht durch die Bande an die Gemeinde geknüpft sind, wie man wünschen muß. Es bleibt also nichts übrig, als zu dem Auskunftsmittel des Census zu greifen und die auszuschließen, welche in keiner unabhängigen Stellung leben. Giebt man dieses zu, so ist nicht zu läugnen, daß in großen Städten das Geld einen geringern Werth hat, als in kleinen, und deshalb ist eine Abstufung nöthig. Gesinde und solche Leute können ihre Unabhängigkeit nicht wahren und es ist ihnen keine so große Schuld beizumessen, wenn sie Anderen in die Hände fallen, die sie zu Partei-Umtrieben benutzen. Ich empfehle Ihnen deshalb bei den Commissionsvorschlägen stehen zu bleiben, da nichts Besseres aufgefunden ist.

Abg. Fröhner bekämpft den Census in der dritten Wahlkasse, da das Wahlgesetz ohnehin ausreichend conservative Elemente in sich schließe. Abgeordneter Hesse (Brilon) tritt der Ausführung des Abgeordneten Fröhner bei. Bei der Abstimmung fallen sämmtliche auf Herabsetzung oder Aufhebung des Census gerichteten Anträge durch, die Commissionsvorschläge werden angenommen. Dieselben stimmen mit der Ersten Kammer bis auf die Modifikation überein, daß an Stelle des Steuerminimums von 2 Thalern, bei Gemeinden, welche den Bestimmungen des Titel III. unterliegen, auch der dort erforderte Grundbesitz zur Wahl berechtigen soll. Wahlrecht und Wählbarkeit sollen, nach dem Beschluß der ersten Kammer, so lange ruhen, als der dazu Berechtigte sich in gerichtlicher Haft oder in Kriminal-Untersuchung oder in Konkurs befindet. Die Commission setzt hinzu: Wo das Rheinische Civil-Gesetzbuch gilt, ruhen das Wahlrecht und die Wählbarkeit desjenigen, der in Zahlungsunfähigkeit verfällt, so lange bis die Rehabilitirung ausgesprochen ist.

Der Justizminister erkennt an, daß der Ausdruck Zahlungsunfähigkeit ein etwas schwankender nach Rhein. Recht sei, indeß würden alle Zweifel durch den Zusammenhang gehoben. Der Commissionsantrag wird angenommen.

§. 5. Wer in einer Gemeinde seit 1 Jahr mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner an direkten Staats- und Gemeinde-Abgaben entrichtet, ist, auch ohne in der Gemeinde zu wohnen, wahlberechtigt. Die Commission amendirt „sowohl an direkten Staats- als an Gemeinde-Abgaben", was von der Majorität gebilligt wird. Bei der Diskussion über §. 6 (die Gemeinden sind Corporationen) macht Hr. Baumgart einige Bemerkungen. Der Vorwurf der Absperrung wird von Hrn. Stender desavouirt. Damit wird die Berathung über die Gemeindeordnung abgebrochen und auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. (Schluß der Sitzung $3\frac{3}{4}$ Uhr.) (Nächste Sitzung: heute Abend 6 Uhr.)

106te Sitzung der zweiten Kammer vom 13. Februar.

Der Präsident, Graf Schwerin, eröffnet die Sitzung bald nach 6 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die Regierungsvorlage, betreffend die Verhältnisse des Großherzogthums Posen. Der Antrag der Regierung geht dahin: Die Kammer wolle ihre Zustimmung zur Einverleibung des nicht zu Deutschland gehörigen Theiles der Provinz Posen in den Deutschen Bund ertheilen. Dieser Antrag ist in der Commission mit 13 gegen 1 Stimme verworfen und dafür mit 8 gegen 6 Stimmen der Antrag angenommen worden: Die Kammer wolle beschließen, ihre Zustimmung zur Einverleibung des noch nicht zu Deutschland gehörigen Theils der Provinz Posen unter der Bedingung zu ertheilen, daß vorher die Provinz Posen als ein Ganzes aufgelöst und ihre Bestandtheile den angrenzenden Provinzen Preußen, Brandenburg und Schlesien zugetheilt werden.

Der Berichterstatter Abg. v. Brauchitsch: Schon zum dritten Mal ist die Polnische Frage Gegenstand der Berathung in dieser Kammer; zum ersten Mal brachte sie der Abg. Janiszewski durch ein Amendement zum §. 1 der Verfassung zur Sprache, zum zweiten Mal der Abg. Zoltowski durch seinen Antrag, die Wahlen zum Erfurter Volkshause in Posen nicht vornehmen zu lassen. Sie verwarfen beide Male die Anträge, welche die Integrität Preußens gefährdeten. Bei den frühern Entscheidungen waren zwei Gesichtspunkte für Sie maaßgebend, der eine, daß die Wiener Verträge den Polen kein Recht auf politische Selbstständigkeit geben, der andere, daß der diesseits der Demarkationslinie liegende Theil Posens unwiderruflich zu Deutschland gehört. Da indeß diese Grundsätze seitdem wieder angefochten worden sind, hat die Kommission in ihrem Bericht sie aktenmäßig begründet. Die jetzt vorliegende Frage, ob der außerhalb der Demarkationslinie liegende Theil Posen's in Deutschland einzuverleiben sei, ist von der Commission nur bedingt bejaht. Die rechtliche Befugniß dazu ist nicht in Zweifel gestellt worden. Aber sie war der Meinung, daß die Einverleibung mit Gefahr für Preußen und Deutschland verbunden sei. Namentlich haben die Deutschen in Posen selbst verlangt, daß die Demarkationslinie nicht ohne weiteres aufgehoben werde. Ich erinnere an die Denkschrift, welche gestern 21 Abgeordnete der ersten und zweiten Kammer Deutscher Nationalität eingereicht haben, worin sie das durch die Demarkationslinie begründete Verhältniß ihres Uebergewicht in dem diesseits der Demakationslinie liegenden Theil Posen's aufrechtzuerhalten bitten. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hat die Commission die Einverleibung nur unter solchen Bedingungen bewilligen wollen, welche die für die Deutschen daraus entstehenden Gefahren beseitigen. Durch die Auflösung des Posenschen Provinzialverbandes wird den Polnischen Bestrebungen der Mittelpunkt entzogen, das Deutsche Element wird durch die Einfügung Polnischer Landestheile in andre Administrationsverhältnisse gestärkt. Die Rechte der Polen werden dadurch nicht verletzt, die ihnen verheißene Erhaltung ihrer Nationalität kann damit Hand in Hand gehen. Auch befindet sich der größte Theil der Polen selbst gern unter Preußischer Hoheit; es ist darum eine gefährliche Aufregung aus der vorgeschlagenen Maaßregel nicht zu erwarten, und sollte sie entstehen, die Regierung wird Kraft genug besitzen, sie zu unterdrücken. Die Nachtheile der Stadt Posen sind unbedeutend, und wird dieselbe Patriotismus genug besitzen, zum Wohl des gemeinen Vaterlandes ein Opfer zu bringen. Die Regierung wird endlich dem Vorschlage der Commission keinen Widerstand entgegensetzen, wie aus den Erklärungen ihres Commissarius in dem Ausschuß hervorging.

Der Minister des Innern: Der Standpunkt der Regierung ist folgender: Als durch die Wiener Verträge die Krone Preußens mehrere Polnische Landestheile, die sie früher besessen, wiedererhielt, ward die Provinz Posen aus diesen und einigen neuerworbenen Landestheilen gebildet. Seit 30 Jahren besteht demnach die Provinz. Zu Anfang fühlten sich die Polen sehr wohl unter der Preußischen Herrschaft, späterhin, als Preußische Intelligenz und Capitalien immer mehr eindrangen, wurden die Polen unzufriedener. Noch ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse seit 1831, und haben sich seitdem nicht gebessert, da die Polnische Nation die Rolle einer Garde der Revolution übernommen zu haben schien. Ihnen ist die Revolution von 1846 noch in der Erinnerung, ebenso die Ereignisse von 1848. Es hat an Beschuldigungen beiderseits nichts gefehlt; ich lasse sie dahin gestellt; die Thatsache läßt sich aber nicht bestreiten, daß von beiden Seiten Blut geflossen ist. Die Deutschen haben damals kräftig zusammengehalten und wesentlich zur Stärkung der Regierung beigetragen. Seit 1848 ist die Spaltung zwischen Polen und Deutschen gewachsen, von beiden Seiten ward der Zustand für unerträglich erklärt. In Folge des Antrages der Deutschen ward die Demarkationslinie gezogen. Ich halte sie für eine vollendete Thatsache. Es sind ihr zwar keine weiteren Folgen beigelegt worden, als daß sich die Wahlbezirke nach ihr regelten, gleichwohl besteht sie rechtlich, und die Regierung mußte sich bei ihrer Vorlage fragen, wie sie zur Demarkationslinie stehe. Derselben administrative Folgen zu geben, schien bedenklich. Einmal schien dem zu widersprechen, daß die Provinz Posen ein integrirender Theil Preußens ist und die Verfassung vom 5. Decbr. auch für sie galt. Dann liegt die Provinz Posen sehr unglücklich für administrative Umgestaltungen. Endlich hätten sich die

---

*) Nach dem C. B. hat der Redner nur von 18 Millonen gesprochen, was auch wahrscheinlich klingt.

Deutschen jenseits der Demarcationslinie beschwert gefühlt. Doch mußte etwas geschehen, um der Bestimmung der Deutschen Verfassung, daß außerdeutsche Länder mit deutschen nur durch Personalunion verbunden sein dürfen, zu genügen. Sie schlug deshalb vor, die ganze Provinz in den deutschen Bund aufzunehmen. Sie glaubte damit den Polen nicht wehe zu thun. In der deutschen Verfassung verheißt ein besonderer Artikel ausdrücklichen Schutz jeder Nationalität. Sie soll den Polen gewährt werden, so weit sie nicht übergreifen. Der Mann ist zu achten, der auf seine Nationalität hält, aber vor Allem ist der Eid zu halten. Auch jetzt glaubt die Regierung noch, die Polnische Nationalität in die Interessen Preußens so verflechten zu können, daß sie sich nicht isolirt fühlt. Die Einverleibung Posens ist keine unbedenkliche Thatsache; Preußen giebt damit den letzten Theil seiner außerdeutschen Besitzungen auf. Die Regierung will deshalb die Einverleibung nicht sofort vornehmen, sondern hat Ihre Zustimmung nur für Eventualitäten gefordert, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche. Was nun die von der Kommission vorgeschlagene Maaßregel angeht, so glaube ich, die Auflösung eines seit 30 Jahren bestehenden Provinzialverbandes hat auch seine Gefahren; vor Allem müßten auch die anderen Provinzen, mit denen die Polnischen Landestheile verbunden werden sollen, gehört werden; es wäre möglich, daß sie die neuen Gäste nicht gern aufnähmen. Und vor Allem wäre ein Specialgesetz nothwendig, welches die verschiedenen Theile genau bestimmte und alle Bedingungen einzeln festsetzte. Für jetzt scheint mir die Vorlage eines solchen Specialgesetzes nicht nothwendig; ich frage Sie vom practischen Standpunkte aus, könnte das Gesetz noch in der gegenwärtigen Session durch alle Instanzen gehen? Wenn später die Vorschläge der Regierung nicht genügen sollten, wenn die Polen fort und fort widerstrebten, so würde ich der Erste sein, der ein Ausnahmegesetz von Ihnen verlangte, das selbst die Theilung der Provinz nicht scheuen würde. Indeß jetzt ist die Provinz ruhig; ich weiß zwar, daß Preußenfeindliche Vereine existiren, denke aber, auf dem gewöhnlichen Wege damit fertig zu werden. Auch fangen schon die Quellen dieser Vereine dürftiger zu fließen an; der Landmann hat eingesehen, daß er seine Silbergroschen besser verwenden kann. (Bravo.) Die Kommission meint, ein Widerspruch der andern Mächte wäre nicht zu besorgen und das mag richtig sein, wenn dieses letzte Mittel der Theilung nothwendig geworden ist. Jetzt aber glaubt die Regierung, ist dieses letzte Mittel noch nicht nothwendig geworden.

Ein kleineres Projekt geht dahin, nur den westlichen Theil der Provinz anderen Provinzen anzuschließen; aber ich frage Sie, wäre es politisch, die ohnehin kleinste Provinz des Staats durch Abtrennung der Deutschen Theile noch kleiner zu machen? Mit dem, was ich bisher gesagt habe, habe ich keineswegs gemeint, daß die Wiener Verträge eine Theilung Polens verbieten; ich bin nicht der Meinung; und wären selbst die Wiener Verträge zweifelhaft, was doch als Aeußerstes anzunehmen ist, die Krone und die Volksvertretung wären zu einer authentischen Interpretation wohl berechtigt. (Bravo.) Aber ich bitte Sie, der Regierung nicht Bedingungen vorzuschreiben, deren sofortige Erfüllung ihr unmöglich ist. Noch ist man es der Polnischen Nationalität schuldig, den Versuch zu wagen, ob nicht ein einträchtiges Leben auf Grund der Verfassung mit ihr möglich ist. (Bravo.)

Abg. Schlotheim stellt das Amendement: im Commissionsantrag das Wort vorher zu streichen.

Abg. Beseler spricht für den Regierungs- und gegen den Ausschußantrag. Man wird mich für keinen Freund Rußlands halten, aber die Politik halte ich nicht für loyal gegen Rußland, die ein besonderes Polen außerhalb Preußen bestehen läßt. Deßhalb muß die Provinz Posen Deutschland incorporirt werden. Deutschland muß, wenn es wirklich eins mit Preußen werden will, das Gute wie das Schlimme von Preußen nehmen. Freilich mag das Interesse der Deutschen Bevölkerung gegen die Aufhebung der Demarkationslinie sein, aber ihr Interesse ist noch kein Recht. Nun wohl sagt der Ausschuß, so wollen wir den Posenschen Provinzialverband aufheben. Aber in dem Patent vom 15. Mai 1815 ist die Verbindung der Polnischen Landestheile zu einer Provinz bestimmt zugesagt. Wir dürfen auch nicht sogleich zum Aeußersten greifen. Doch trage ich Bedenken, der Regierung unbedingt die verlangte Zustimmung zu geben, und wiederhole deshalb den Antrag, den ich bereits in der Commission gestellt habe: die Hohe Kammer wolle beschließen: 1) dem Antrag der Königlichen Staatsregierung gemäß, zu der Einverleibung des jenseits der Demarkations-Linie belegenen Theiles des Großherzogthums Posen die Zustimmung zu geben; 2) die Königliche Staatsregierung aufzufordern, noch vor Vollziehung der Einverleibung, diejenigen Maaßregeln in Vorschlag zu bringen, welche, nach Aufhebung der Demarkations-Linie im allgemeinen Interesse des Staats und der Provinz, so wie zum Schutze der besonderen Interessen der Bevölkerung Deutschen und Polnischen Stammes nothwendig erscheinen. Ich habe hohe Achtung für den Deutschen Volksstamm in Posen, für die tapfern Männer, die zu einer Zeit, als Vieles, was man für fest hielt, zusammenbrach, ihre und die Deutsche Ehre wahrten. Aber auch die Polen gehören zu Preußen; wir müssen das Interesse der Gesammtheit, die Anforderungen der Gerechtigkeit im Auge behalten. (Bravo.)

Der Minister des Innern: Ich habe noch einige Bemerkungen zu dem, was ich vorhin gesagt, hinzuzufügen. Ich war nicht im Amt, als die Verheißungen über die Reorganisation der Provinz Posen geschahen; mag man aber davon denken, wie man will, ich glaube, die Ereignisse die seitdem geschehen, haben einen großen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Eventualität, für die ich die Zustimmung der Kammer zu benutzen denke, ist der Abschluß der Deutschen Verhältnisse, den ich sehnlich wünsche. Dem Amendement des Abg. Beseler stimme ich im Wesentlichen zu; doch hat der geehrte Abgeordnete sich selbst widerlegt. Denn er hat in seiner Motivirung geäußert, er habe das Vertrauen zur Regierung, sie werde alles mögliche thun, die Interessen der Deutschen Bevölkerung zu wahren; es bedarf also nicht der Verpflichtung dazu durch das Amendement. Ich halte die Politik für die klügste, welche am offensten verfährt. Wenn man also sagt, das Recht komme vor der Politik, so kann man damit nur meinen, die wahre Politik ist die, welche mit dem Recht übereinstimmt. Und das ist stets die unsere gewesen. (Bravo.)

Abg. Schimmel empfiehlt den Commissionsantrag mit dem Schlotheimschen Amendement.

Abg. Hirsch will nicht als Vertreter der Stadt Posen, sondern aus allgemeinen Gründen den Commissionsantrag angreifen. Man muß den Polen zeigen, daß man nicht mit ihnen spielt, aber dazu ist die Theilung Posens nicht das rechte Mittel. Es ist unrichtig, daß die Polen ihren Mittelpunkt in dem Provinzialverbande haben. Die Zuschlagung der Polnischen Landestheile zu andern Provinzen wird nicht mehr Deutsche veranlassen, sich dahin überzusiedeln; sie werden nicht fragen, wie heißt die Provinz? sondern, giebt die Regierung Schutz gegen Unruhen? was geschieht für Straßen u. dgl.? Bis jetzt ist für Posen in dieser Beziehung wenig geschehen; mit Freuden haben wir deshalb die Versicherung erhalten, daß im nächsten Jahr die Eisenbahn von Posen nach Breslau gebaut werden soll. (Unruhe.) Man sagt, die revolutionaire Kraft wird durch Theilung gebrochen; aber umgekehrt, die überwachende Polizeigewalt wird geschwächt, die Fäden laufen dann nicht mehr in einer Hand zusammen, die Nachrichten, die, wenn sie an eine Behörde kämen, Beachtung fänden, werden vernachlässigt werden. (Unruhe.) Die Provinzen Westpreußen und Schlesien haben auch Polnische Bestandtheile; kommt Posen dazu, so könnte es, statt selbst germanisirt zu werden, dies Andere polonisiren. Ein Haus, in dem eine ansteckende Krankheit ist, isolirt man möglichst und bringt nur frische Luft hinzu. Die frische Luft sind hier Deutsche Schulen u. dgl. (Unruhe.) Ich stelle den Antrag: „unter der Voraussetzung, daß die Regierung die Maaßregeln ergreifen wird, welche eine Garantie für die Ruhe und Ordnung in der Provinz Posen bieten, und zur Ausbreitung des Deutschen Elementes dienlich sind, giebt die Kammer ihre Zustimmung zu der Einverleibung Posen's in den Deutschen Bund."

Der Minister des Innern: Der Antrag zerfällt in zwei Theile. Der eine sagt, die Regierung solle Ruhe und Ordnung in Posen aufrechterhalten. Das ist ihre Pflicht, und das würde sie thun, der Antrag wäre gestellt oder nicht gestellt worden. Der zweite geht dahin, die Regierung möge auf Ausbreitung des Deutschen Elements hinwirken. Das ist eine Aufgabe, die die Regierung nicht übernehmen kann. (Bravo.) Ich glaube, daß die Deutsche Nationalität Kraft genug besitzt, da einzuwirken, wo ihr die Einwirkung gestattet ist. Die Regierung würde durch Einmischung in diese Verhältnisse eine Nationalität erbittern, die mindestens Schonung verdient. (Bravo.)

Der Antrag des Abg. Hirsch wird von Niemandem unterstützt. (Gelächter.) Die Discussion wird geschlossen.

Der Berichterstatter schließt sich dem Schlotheim'schen Amendement an. Die Kommission befinde sich übrigens durch die Erklärungen, die heute vom Ministertisch ergangen seien, in einer üblen Lage, da sie durch die ihr gegebenen Erklärungen und die ihr vorgelegten Akten der Regierung auf einen solchen Widerstand nicht gefaßt sei.

Der Minister des Innern: Was die der Kommission vorgelegten Akten betrifft, so habe ich allerdings den Auftrag gegeben, sie in größter Vollständigkeit der Kommission vorzulegen. Diese Akten sind aber nur Erwägungsgründe, und ich glaube, gegenüber der offiziellen Denkschrift der Regierung, konnten sie nicht in Betracht kommen. Auch was der Regierungskommissar in der Kommission erklärt hat, glaube ich in keinem Punkt desavouirt zu haben. Er hat erklärt, die Regierung werde die Meinung der Kammer reiflich prüfen und berücksichtigen; er hat aber zugleich auf die Bedenken gegen den Kommissionsantrag aufmerksam gemacht, namentlich bemerkt, daß man das Nothwendige nicht vor dem Möglichen thun müsse.

In der Abstimmung wird sowohl der Kommissions-Antrag als das Schlotheim'sche Amendement, wie auch der Beseler'sche Antrag verworfen, der Regierungs-Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Schluß $9\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.

Locales 2c.

Posen, den 15. Febr. Die Behörden haben das Recht, zu fordern, daß Jedermann seine Pflicht thue. Wir beanspruchen dagegen mit demselben Recht, daß die Behörden ihre Pflicht thun. Die Tagesordnung der auf Mittwoch anberaumt gewesenen Stadtverordneten-Versammlung enthielt Mannichfaches und Wichtiges, u. A. den Kommissionsbericht der 2. Kammer betr. die Zerstückelung der Provinz Posen. Unsere Leser erwarten darüber Bericht von uns, wir waren auf dem Posten, wer nicht da war, das war die Stadtverordnetenversammlung. Sie hatte vielmehr aufgehoben werden müssen wegen nicht beschlußfähiger Anzahl der Erschienenen; Schriftlich zugesagt auf dem Circular hatte die genügende Zahl, sonst wären die Stellvertreter der Entschuldigten eingeladen worden. Wie stimmt dieser Geist der Theilnahmlosigkeit überein mit der Petition gegen die Zerstückelung, von welcher letzteren man den Ruin der Stadt Posen befürchtete? Weitere Betrachtungen überlassen wir unseren Lesern. Uns aber gelüstete, ein Wort mit diesem Geist zu reden!

— Stand des Warthaflusses N. M. 2 Uhr 14 F. 5 Z.

β Posen, den 15. Februar. Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben überall, namentlich aber im Großherzogthum Posen, dessen Zustände leider noch immer nicht als definitiv geordnet angesehen werden dürfen, den Hypothekenkredit sehr erschwert. In unserer Provinz werden hiervon besonders die Gutsbesitzer hart betroffen, welche dem landschaftlichen Kreditvereine der Provinz bis zu dessen Schluß, Ende 1848, nicht beitreten konnten. Es soll nun zwar Aussicht vorhanden sein, daß es gestattet werde, noch nachträglich Mitglieder in das Posener Pfandbrief-Institut aufzunehmen, aber dies würde, namentlich durch Nachzahlung der bedeutenden Amortisation, für die Betreffenden mit so gewaltigen augenblicklichen Opfern verbunden sein, daß ein vollständiges Derangement die Folge wäre. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, haben verschiedenere größere und kleinere Gutsbesitzer den Plan gefaßt, ein selbständiges Hypotheken-Institut, ähnlich dem Posener Pfandbrief-Institut, ins Leben zu rufen, das auch Güter umfassen soll, denen der Beitritt zu dem landschaftlichen Kreditverein nicht gestattet ist, namentlich Erbpachtsgüter, Freigüter, Mühlengrundstücke 2c. Der vorläufige Plan geht dahin, daß überhaupt allen Gütern von 3—400 Morgen der Zutritt gestattet werden, übrigens das Institut auf den Theil des Großherzogthums beschränkt werden soll, der zum landschaftlichen Kreditverbande der Provinz gehört. Die Verwaltung würde selbständig sein, namentlich ein Vorstand aus Vereinsmitgliedern an die Spitze treten. Der Zinsfuß der zu creirenden Hypotheken-Kreditscheine ist, um einen günstigen Cours zu erzielen, höher, als der der Pfandbriefe, auf 4 Prozent projektirt; die Gutsbesitzer würden $4\frac{1}{2}$ Prozent zu entrichten haben, so daß $\frac{1}{2}$ Prozent zur Bestreitung der Administration und Amortisation bliebe. Im Uebrigen sollen ganz die Grundsätze der ritterschaftlichen Kredit-Institute bei der Einrichtung Platz greifen. Ein Termin zur definitiven Einigung der betreffenden Grundbesitzer ist auf Anfang März festgesetzt. Bei dem offenbaren Nutzen einer solchen Kredit-Anstalt für das Gesammt-Publikum wird die Regierung gewiß nicht Anstand nehmen, demselben die nothwendige Bestätigung zu ertheilen.

β Posen, den 15. Febr. Nach einer Bekanntmachung des hiesigen Königlichen Kreisgerichts, Abtheilung für Straffsachen, beginnt am 11. März eine neue Sitzungs-Periode des hiesigen Schwurgerichts. Zum Präsidenten ist für die Dauer dieser Session der Appellationsgerichts-Rath Hausleutner ernannt. Zur Aburtelung kommen verschiedene schwere Verbrechen, namentlich Todtschlag und Nothzucht unter besonders gravirenden Umständen; auch politische Prozesse, noch datirend aus den Ereignissen des Jahres 1848, werden nicht fehlen.

☿ Rogasen, den 13. Februar Der Winter verfließt hier heiterer, als es nach den für unsere Stadt jammervollen Ereignissen des vorigen Jahres zu erwarten war. Wir haben Schlittenparthieen und Bälle gehabt; die junge Welt übt fleißig die Kunst der Terpsichore und die ältern Damen versammeln sich regelmäßig des Sonntags in der Ressource zum Thee, und macht dann immer eine derselben die Wirthin. Die Mitglieder des hiesigen Liebhabertheaters, deren Ausdauer und Eifer nicht genug gerühmt werden kann, haben der Gesellschaft schon manchen genußreichen Abend verschafft, zumal sie sich nicht mit der Aufführung gewöhnlicher Angelyscher Possen begnügen, sondern auch anfangen, uns klassische Stücke vorzuführen, wie denn am Sonntag z. B. Minna von Barnhelm gegeben werden wird. Wir haben ferner hier einen ägyptischen Zauberer, der der Gesellschaft schon manchmal ein x für ein u vorgemacht hat. — Was die politische Stimmung des Kreises anlangt, so ist nicht zu verkennen, daß die Polen nach immer größerer Konsolidirung ernstlich streben, daß sie unausgesetzt das Gefühl der Nationalität bei den Angehörigen zu kräftigen und da, wo es noch ganz oder zum Theil schlummert, zum Bewußtsein und Leben zu bringen suchen. Eine auch nur zum Theil auffallende Wirksamkeit der hiesigen Liga haben wir nicht bemerkt, was in der Mittellosigkeit des bei Weitem größern Theils der hiesigen Polnischen Bürgerschaft seinen Grund haben mag; die Verarmung nimmt so sehr zu, daß Männer, die noch vor wenigen Jahren für wohlhabend galten, heut nicht mehr im Stande sind, Abgaben zu zahlen. Die Realisirung ihrer früher so sanguinischen Pläne haben die Polen keineswegs aufgegeben für die Zukunft, indem sie unsere gegenwärtigen Zustände keineswegs für dauernd zu halten scheinen, und auf einen nochmaligen Umschwung rechnen. Eine wirkliche Gehäßigkeit gegen die Deutschen ist übrigens nicht zu bemerken, wenigstens nicht in dem Grade, als sie wohl früher herrschte, vielmehr ist der Verkehr zwischen beiden Nationalitäten ein durchaus ungestörter. Wie wohl überall, hat auch in unserm Kreise besonders der größere Polnische Gutsbesitzer durch die neuern Zeitverhältnisse in seiner Wohlhabenheit zum Theil so harte Stöße erhalten, daß er die größten Anstrengungen machen muß, um seine Verbindlichkeiten nur nothdürftig zu erfüllen. In der Umgegend von Rogasen wohnen ziemlich viel deutsche bäuerliche Gutsbesitzer, welche zum Theil recht wohlhabend sind; diese würden eine Auflösung des Großherzogthums Posen und einen Anschluß an den Netzdistrikt nicht ungern sehn, da sie die Ueberzeugung haben, daß der auswärtige Deutsche früher kein Vertrauen in unsere Zustände gewinnen wird, mithin auch unser so sehr erschütterter Kredit früher sich nicht heben wird. — Diese Zeitung hat der gegenwärtigen Lage der Lehrer öfter mit Theilnahme gedacht. Unsere zahlreiche katholische Gemeinde war seit einem Jahre nicht mehr im Stande, ihre beiden Lehrer zu besolden; während daher der eine Lehrer sein Gehalt thalerweise bekam, war der andere gezwungen, eine andere Stelle anzunehmen. Die hiesige jüdische Gemeinde schuldet allein dem einen Lehrer an Gehalt ungefähr 200 Rthlr., also so viel, als derselbe kaum durch ein ganzes Jahr bezieht. Kein Stand hat mit größeren Hoffnungen in die Zukunft geblickt, als gerade der Lehrerstand, und wenn wir an unsere Kammerverhandlungen denken, gewiß nicht mit Unrecht, aber die Hoffnungen dieser Männer, welche fast alle Familienväter sind, sind zerplatzt — wie die Seifenblasen des Knaben, und mit beklommenem Herzen und banger Sorge sehen sie der Zukunft entgegen. Man beklagt sich und mit Recht über die Wühlereien mancher Lehrer und kann sie nicht streng genug bestrafen, uns aber erlaube man die Bemerkung, daß Hunger weh thut; gebt ihnen zu essen und Klagen der Art werden selten oder gar nicht gehört werden. Die Lehrer hat einmal das Gelüst angewandelt, anstatt trocknen Brots ein Butterbrot zu essen; gebt ihnen nur das und seid versichert, daß sie gründlich geheilt sind.

ε Zirke, den 12. Februar. Nachdem bereits vorige Woche der Verkehr auf der Wronker Poststraße in unserer Nähe kurze Zeit unterbrochen war, weil ein Nebenfluß der Warthe die Sandauffüllung vor der über denselben führenden Brücke weggespült hatte, ist derselbe neuerdings gänzlich gehemmt, oder kann wenigstens nur auf großem Umwege um den Lutomer See bewerkstelligt werden; denn jene (erst im verflossenen Jahre mit bedeutenden Kosten errichtete) Brücke hat diesen Morgen eine derartige schiefe Richtung genommen, daß sie nicht zu passiren ist. So sind wir ziemlich isolirt, da durch den hohen Wasserstand auch die direkte Verbindung mit Birnbaum abgeschnitten ist; doch war gegen Abend das Wasser im Fallen.

□ Ostrowo, den 13. Febr. Die jetzt so abwechselnde, immer noch kalte, mitunter von heiterm Sonnenscheine begleitete Witterung ist wohl aller Orten, so wie hier; daß aber gestern in der Nachmittagsstunde zwischen 3 und 4 Uhr der Himmel sich plötzlich mit finstern Wolken umzog und anstatt eines heftigen Regens, den man nach allen Anzeichen mit Recht vermuthete, ein schlängelnder Blitz, begleitet von einem so heftigen Donner, wie er nur im Juni oder Juli nach anhaltender Sonnenhitze zu hören ist, aus der Atmosphäre sich entlud, diese zu dieser Jahreszeit so außergewöhnliche Naturerscheinung dürfte nicht überall stattgehabt haben. Es blitzte und donnerte nur ein Mal; ein wolkenbruchähnlicher Schloßensturz folgte unmittelbar darauf und nach einer halben Stunde strahlte die Sonne glänzend am Himmel. Das Gewitter hat zugleich, obwohl ohne erheblichen Schaden, eingeschlagen. Der Blitz war durch das Dach in eine Stube gedrungen, längs der an der Wand aufgehängten Bilder, deren Rahmen er auseinanderriß, ohne jedoch die Gläser zu zerbrechen dahingefahren und wahrscheinlich durch dasselbe Loch, welches er geschlagen, wieder enteilt. Der Bewohner der Stube hielt gerade Mittagsruhe, er blieb unversehrt und beim Erwachen erstaunte er nicht wenig über das Phänomen. — Vor ohngefähr 10 Tagen wurde auf dem Tanzboden des Brauhauses ein Dienstmädchen so sehr durch Schläge gemißhandelt, daß sie wenige Tage darauf ihren Geist aufgab; und gestern Nacht wurde beim Faschingstanze in demselben Lokale der Hausknecht aus der Apotheke todtgeschlagen.

χ Bromberg, den 13. Febr. Es scheint in vielen Beziehungen, als ob der nördliche Theil des Großherzogthums andere Interessen hätte als der südliche; wenigstens steht es fest, daß er bereits mehrfache divergirende Petitionen an Kammern und Ministerien eingereicht hat. Jeder erinnert sich z. B. wohl noch aus neuester Zeit der Petition Brombergs und des Netzgaus um Abtrennung des Netzgaus vom Großherzogthum und Vereinigung mit Westpreußen, während die südlichen Kreise, und namentlich Posen selbst, mit aller Kraft auf die Erhaltung des status quo antrugen; in ähnlicher Weise ist jetzt wieder von 58 Deputirten, namentlich der nördlichen Theile des Großherzogthums, in der Eisenbahnfrage eine Petition überreicht, welche den Wünschen Posens und der südlichen Theile entgegensteht. Während

nämlich Petitionen Posens die Projektirung und baldige Ausführung der Posen-Breslauer Bahn beim Staatsministerio beantragten, was den Herrn Minister für Handel ꝛc. am 9. Januar zu der Aeußerung in der ersten Kammer veranlaßte, „daß nach seiner Meinung jetzt zunächst keine andere Bahn proponirt werden könne, als die in Antrag gestellte“, haben die genannten 58 Deputirten, worunter sich auch der Bromberger befindet, dem Staats-Ministerio eine Denkschrift zur sorgfältigen Prüfung vorgelegt, in welcher sie sich darzuthun bemühen, daß vor der Posen-Breslauer Bahn die direkte Verbindung Driesens mit Berlin, also die vollständige Ausführung der Ostbahn nothwendig erscheine. Unter den Motiven dafür wird angeführt, 1) daß die Verbindung der ganzen östlichen Provinzen mit Berlin dadurch um 9 Meilen kürzer werde, 2) daß fortan die Waarentransporte vereinfacht und so der ganze Handel des Ostens begünstigt werden würde, der jetzt bei der dreifachen Verwaltung und dem dreifachen Tarif der Bahn viel Schwierigkeiten darbiete. 3) Auch die Stadt Posen werde der Hauptstadt dadurch um 9 Meilen näher gerückt. 5) Dieselbe erreiche zugleich eine fast direkte Verbindung mit Landsberg und dem Meßplatz Frankfurt, die für Posen weit wichtiger sein dürfte, als die mit Breslau. 6) Der genannte Bau würde auf die Rentabilität der Ostbahn und zugleich bei Anlage einer Zweigbahn zwischen Küstrin und Frankfurt auf die Rentabilität der Niederschlesisch-Märkischen Bahn einen großen Einfluß üben.

— Schwurgerichtssitzung vom 8. Febuar. Anklage gegen die 42 Abgeordneten der Nationalversammlung. Am Pulte der Staatsanwaltschaft steht heute der Assessor v. Radicke, während dessen der Assessor Rielau neben demselben Platz genommen hat. Es wird zunächst die Anklageschrift gegen den Angeklagten Assessor Schulze (Delitzsch) verlesen. Sie lautet kurz dahin: Der Angeklagte hat, zum Abgeordneten für den Kreis Delitzsch erwählt, in der Sitzung vom 15. November 1848 in Verbindung mit Schornbaum und Anderen den demnächst zum Beschluß erhobenen Antrag wegen Nichtberechtigung des Ministeriums Brandenburg zur Erhebung von Steuern ꝛc. gestellt, auch geständlich diesen Beschluß in seinem Wahlkreise bekannt gemacht. Er hat ferner die Proklamation am 18. November 1848 unterschrieben und ein mit seiner von ihm rekognoscirten Unterschrift versehenes, zu den Akten gebrachtes lithographirtes Exemplar dem Dr. Fibiger bei dessen Anwesenheit in Berlin mit dem Auftrage, für die möglichste Verbreitung zu sorgen, gegeben, worauf Fibiger dasselbe in 1500 Exemplaren bei dem Buchdruckereibesitzer Metzner in Delitzsch hat abdrucken und verbreiten, auch in Nr. 47 des Nachrichtsblattes für den Delitzscher und Bitterfelder Kreis einrücken lassen. Der Angeklagte gesteht die Richtigkeit der in der Anklage erwähnten Thatsachen überall zu, und verwahrt sich nur gegen die Folgerung der Staatsanwaltschaft, daß er sich dadurch eines versuchten Aufruhrs schuldig gemacht habe. Er hätte in seinem Kreise vielmehr für die Aufrechterhaltung der Ordnung gewirkt und sich stets bestrebt, Erzesse zu verhüten. Es seien in der Stadt Delitzsch vielfache Bewegungen vorgekommen, so im Jahre 1846 und im Winter von 1846 zu 1847, wo eine große Noth geherrscht. Durch Stiftung eines Hülfsvereines sei es ihm gelungen, die Noth zu lindern und Erzesse zu verhüten, die bereits zu fürchten gewesen wären. Auch nach seiner Wahl zum Abgeordneten habe er durch Briefe und Schreiben in seinem Kreise zu wirken gesucht, und nach dem 15. Novbr. seine Wähler zur Ruhe ermahnt. Er überreicht zum Beweise dessen einen Originalbrief vom 11. Novbr. 1848 an alle seine Wähler, aus dem auf seinen Antrag folgende Stelle verlesen wird: „Zugleich bitte und beschwöre ich alle Wähler und Alle, die Einfluß im Volke haben, mit aller Macht dahin zu wirken, daß kein ungesetzlicher Schritt, keine Gewaltthat, keinerlei Erzeß vorkomme, daß die ganze Volksbewegung rein und unbefleckt verlaufe.“ Die anderweitigen Ausführungen behält der Angeklagte sich bis zu seiner Vertheidigung vor. Bei dieser Sachlage verzichtet die Staatsanwaltschaft auf die Erhebung des Belastungsbeweises. Es stehen 9 Entlastungszeugen auf, unter ihnen die achtbarsten Bürger der Stadt Delitzsch, und der ehemal. Kommandeur der dortigen Bürgerwehr. Die Zeugen geben dem Angeklagten ein glänzendes Zeugniß der Rechtschaffenheit seines Charakters, seiner Beliebtheit im ganzen Kreise. Sein ganzes Leben sei eine Reihe edler Thaten gewesen. In der Nothzeit des Winters 1846 zu 1847 sei er der Armuth ein rettender Engel gewesen, indem er durch die zweckmäßige Stiftung eines Hülfsvereins die Noth erheblich gemildert habe. Er habe stets ermahnt, auf der Bahn des Rechts und Gesetzes zu wandeln, und seinem Wirken in Wort und Schrift sei es zu verdanken, daß die Ruhe in der Stadt Delitzsch in keiner Weise gestört worden. In einigen Versammlungen, in denen Gerüchte über das Schicksal des Abgeordneten in der Hauptstadt allgemeine Aufregung hervorgerufen, sei der Dr. Fibiger dazu bestimmt worden, sich nach Berlin zu begeben, und am Orte selbst Erkundigung über den allgemein geliebten Angeklagten einzuziehen. Nach drei Tagen sei derselbe zurückgekehrt, und habe die versammelte Menge im Volksverein im Auftrage des Angeklagten zur Ruhe ermahnt. Unter den Zeugen befinden sich zwei Bauergutsbesitzer, welche übereinstimmend die oft dargethane Ansicht des Angeklagten über die Lasten und Abgaben bekunden, und namentlich erwähnen, daß derselbe die damals verbreiteten, irrigen Meinungen unter den Bauern von der Befreiung aller Abgaben stets zu berichtigen sich bemüht, und vor ungesetzlichen Handlungen in dieser Beziehung gewarnt habe. Der Staatsanwalt erklärt, um die Hoffnung der Geschwornen auf einen raschen Lauf der Verhandlung nicht zu täuschen, von jetzt ab nur auf das Thatsächlichste jeder speziellen Anklage und nicht mehr auf den generellen Theil eingehen zu wollen. Er deducirt aus den vom Angeklagten zugestandenen Thatsachen die Schuld desselben. Der Angeklagte erbittet sich hierauf selbst das Wort zu seiner Vertheidigung. Seine hinreißende Rede bringt einen kaum zu beschreibenden Eindruck hervor, so daß sie an einer Stelle sogar die anwesenden Zuhörer zu einem lauten Bravo hinriß. Wir müssen uns darauf beschränken, aus dieser Rede, welche eine Vertheidigung der politischen Thätigkeit der Nationalversammlung enthält, nur die wesentlichsten Momente hervor zu heben. (Schluß folgt.)

Verantw. Redakteur: C. F. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 15. Februar.

Lauk's Hôtel de Rome: Kommerzienrath v. Scholtz u. Frau a. Grätz; die Kaufl. Düwahl a. Stettin; Brebeck a. Leipzig; Knips a. Frankfurt a. M. u. Page a. Berlin.
Hôtel de Bavière: Die Gutsb. v. Gräve a. Boreck; v. Gräve a. Kołaczkowo u. Niewiarowski u. Kruchowo; die Kaufl. Bastian a. Leipzig u. Friederich a. Phaniensee.
Bazar: Gutsb. Roznowski a. Arcugowo.
Schwarzer Adler: Gutsb. Bandelow a. Latalice.
Hôtel de Dresde: Gutsb. Böthelt a. Trzebiskawki.
Hôtel de Berlin: Gutsb. v. Brzezinski a. Grodzik.
Hôtel de Saxe: Balettänzer Averino u. Frau a. Rom.
Hôtel de Pologne: Apotheker Herdinger a. Schocken.
Krug's Hôtel: Schneidermst. Plötz u. Tuchfabrikant Maltze a. Meseritz; Gutsb. Scharwenke a. Nackaw.
Im Eichenkranz: Die Kaufl. Kaater a. Lissa; Kanter u. Cohn a. Berlin.
Weißer Adler: Kfm. Bulling a. Stettin; Applikant Nachacki a. Schweidnitz.
Drei Lilien: Oberförster Tomaszewski a. Mokrz; Gutsb. Chmielewski a. Kempa.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 17. Februar c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Oberprediger Hertwig. — Nachm. Herr Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm.: Herr Cons.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Herr Div.-Pred. Bork. — Nachm.: Herr Milit.-Oberpred. Niese.
Christkathol. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Prediger Post.
Ev. luther. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Böhringer.
Den 20. Febr. Abends 7½ Uhr: Passionspredigt.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 7. bis 14. Februar 1850:
Geboren: 3 männl., 1 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 1 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Getraut: 1 Paar.

Markt-Bericht.

Posen, den 15. Februar.

Weizen 1 Rthlr. 16 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 25 Sgr. 7 Pf. Roggen 25 Sgr. 6 Pf. bis 27 Sgr. 9 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 15 Sgr. 7 Pf. bis 17 Sgr. 9 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 11 Sgr. 1 Pf. bis 12 Sgr. 5 Pf. Heu der Centner zu 110 Pfund 20 Sgr. bis 25 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 17. Februar 5te Gastdarstellung der Frau Meyerhofer mit ihren Kindern Jenny und Stoffel vom K. K. Theater zu Wien. Zum Erstenmale: Die Wahlen, oder: Was werden Sie wohl dazu sagen? Scherzspiel mit Gesang in 1 Akt. — Mad. Müller: Frau Meyerhofer. Fanny: Jenny Meyerhofer. — Hierauf: Ein höflicher Mann; Original-Lustspiel in 3 Akten von L. Feldmann. — Darauf folgt: Der Kurmärker und die Pikarde; Genre-Bild mit Gesang und Tanz von L. Schneider. — Marie: Jenny Meyerhofer. — Schulze: Emil Fischer. — Zum Schluß: Polnischer National-Tanz, ausgeführt von Fräul. v. Natzmer, als Pole, und Jenny Meyerhofer, als Polin.

Sonntag, den 17. Februar:
Erste große Vorstellung der Italienischen Tänzer- und Pantomimisten-Gesellschaft unter Direktion des Herrn Michele Averino im Saale des Hôtel de Saxe. Anfang 7 Uhr.

Die gestern Abend glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau, Marie geb. Zitterland, von einem gesunden Mädchen, zeige ich Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst an.
Posen, den 15. Februar 1850.
Otto Brachvogel.

Bekanntmachung.
100 Stück Schaafe sollen in Zydowo im Termine den 21. Februar 1850 Vormittags 10 Uhr öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden, wozu Kauflustige eingeladen werden.
Posen, den 11. Januar 1850.
Königl. Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung — für Civilsachen.

Oeffentliche Bekanntmachung.
Den unbekannten Gläubigern des am 23. Mai 1848 zu Zdzychowice verstorbenen Rittergutsbesitzers Andreas Vladislaus v. Kurnatowski wird hierdurch bekannt gemacht:
daß die Theilung des Nachlasses bevorsteht, mit der Aufforderung: binnen 3 Monaten ihre Ansprüche anzumelden, widrigenfalls sie damit nach §. 137. und folg. Theil I. Tit. 17. Allg. Landrechts an jeden einzelnen Miterben nach Verhältniß seines Erbantheils werden verwiesen werden.
Schroda, den 1. Januar 1850.
Königl. Kreis-Gericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.
Das Kellergeschoß der hiesigen Garnison-Kirche soll Montag den 18. Februar c. Vormittags 10 Uhr im Bureau der Garnison-Verwaltung an den Meistbietenden als Waaren-Lager anderweitig vermiethet werden. Es werden daher die Miethslustigen hierdurch eingeladen, und können die desfallsigen Bedingungen vorher in gedachtem Bureau eingesehen werden.
Posen, den 7. Februar 1850.
Kuratorium der Garnison-Kirche.

Der Lebenswecker

von Baunscheidt, erprobt von vielen Aerzten, hat sich in kurzer Zeit durch seine heilbringende Wirkung in vielen Krankheiten, namentlich bei rheumatischen und nervösen Zahn-, Gesichts-, Ohr- und Kopfschmerzen, allen Arten von Rheumatismen, Lähmungen, Hüftweh, krankhaften Erscheinungen, unterdrückter Hautthätigkeit, Congestionen, Ohnmachten, Krämpfen, lymphatischen Geschwülsten u. s. w., einen durch die Erfahrung gerechtfertigten, nicht aber einen durch marktschreierische Anpreisungen provocirten Ruf erworben und zwar dergestalt, daß in wenigen Wochen einige Tausend begehrt worden sind.

Indem wir Aerzte und Kranke auf dieses vortreffliche Instrument aufmerksam machen, bemerken wir noch, daß seine Anwendung fast keinen Schmerz verursacht und sein Gebrauch ein höchst einfacher ist.

Der Lebenswecker nebst Gebrauchsanweisung ist für den Preis von 4 Rthlr. zu beziehen durch
Steiner in Breslau,
Schuhbrücke No. 30.

Stroh- und Bordüren-Hüte werden zu den billigsten Fabrikpreisen zum Waschen und Modernisiren angenommen und Portofrei nach Berlin eingesandt.
P. Stern geb. Weyl,
Markt und Neuestraßen-Ecke No. 70.

Die uns bis zum 1. d. M. übergebenen Renten-Verschreibungen pro 1839 können gegen Zurücklieferung der mit Quittung zu versehenden Bescheinigung bei Unterzeichnetem in Empfang genommen werden.
Posen, den 15. Februar 1850.
M. Kantorowicz Nachfolger,
Haupt-Agent
der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

!!! Zur gefälligen Beachtung !!!

Alle Sorten Strohhüte werden bei mir nach Hamburger Art gewaschen, appretirt und nach den neuesten diesjährigen Façons umgeändert.

Da ich meine eigene Wasch-Anstalt hier am Orte habe, so verspreche ich dieselben aufs schönste zu liefern und die billigsten Preise zu stellen.

M. Fiedler, geb. Löwenthal,
Breitestraße 11. eine Treppe hoch beim Kupferschmidt Herrn Werner.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Materialien und Arbeiten zum Neubau der Kavallerie-Kaserne hierselbst sollen bedingungsgemäß dem geeigneten Mindestfordernden überlassen werden.

Demnach werden die geeigneten Uebernehmungslustigen hierdurch eingeladen, die desfallsigen Bedingungen ꝛc. im Bureau der unterzeichneten Verwaltung, Wallstraßenseite des Intendantur- ꝛc. Gebäudes am Berliner Thor einzusehen und darnach ihre schriftlichen Offerten, gehörig bezeichnet und versiegelt, mit den erforderlichen Proben nebst Kaution, in den nachstehend anberaumten Submissions-Terminen daselbst rechtzeitig zu überreichen, und zwar:

No.	Bezeichnung der Gegenstände	Submissions-Termin			
		Tag	Datum	Monat	Vormittags Uhr
	A. Lieferung				
1.	der Zimmer-Hölzer, Bohlen, Bretter, Schwarten und Latten,	Dienstag	19.	Februar	9.
2.	der Ziegelsteine und Klinker,	Mittwoch	20.	dto.	9.
3.	des Kalks, incl. Einlöschen, Sandes und Lehms,	Donnerstag	21.	dto.	9.
4.	des Gypses, Mauer-Rohrs, Rohrdrahts u. Nägel,	Freitag	22.	dto.	9.
	B. Arbeiten:				
5.	Maurer-Arbeiten,	Sonnabend	23.	dto.	9.
6.	Zimmer-Arbeiten,	Montag	25.	dto.	9.
7.	Tischler-Arbeiten incl. Materialien,	Dienstag	26.	dto.	9.
8.	Schlosser- u. Schmiede-Arbeiten incl. Materialien,	Sonnabend	2.	März	9.
9.	Dachdecker- und Glaser-Arbeiten incl. Materialien,	Montag	4.	dto.	9.
10.	Anstreicher- und Töpfer-Arbeiten incl. Materialen,	Dienstag	5.	dto.	9.
11.	Klempner- und Steinsetzer-Arbeiten desgleichen.	Mittwoch	6.	dto.	9.

Posen, den 11. Februar 1850.
Königliche Garnison-Verwaltung.

Italiener Stroh- und Bordüren-Hüte jeder Art werden nach den neuesten Façons umgearbeitet, gewaschen, nach Französischer Art gebleicht und durch **Maschinen** gepreßt, so daß sie die Neuen an Zartheit bei Weitem übertreffen.

Den Herren Kaufleuten und Putzhändlern bei Ueberlieferung von Dutzenden einen bedeutenden Rabatt.

Erste Berliner Strohhut-Wasch- und Appretir-Anstalt
von
C. Ewald aus Berlin,
Ritterstraße No. 5. in Posen.

Ein im Material-Geschäft routinirter, gut empfohlener junger Mann, findet von Ostern d. J. ab ein Engagement bei
Selig Auerbach, Friedrichsstr. 13.

Brust-Caramellen

gegen **Heiserkeit, Husten u. Brustleiden. Vanillen-, Gewürz-, Stücken-, Wurm-, bittere** und **entölte Chocoladen** empfiehlt
Neuestraße **Ludwig Johann Meyer.**

Salonhölzer.

Ein **elegantes** Feuerzeug in Zimmern, **ohne Schwefel**, empfiehlt **500** Stück à **2** Sgr. **100** Stück **8** Pf.,
Neue Straße. Ludwig Johann Meyer.

Der von mehreren hohen Rabbinats bestätigte Schächter und מְנַקֵּר Ausäderer M. Elkeles hier, zeigt den Herren Fleischermeistern hier an, daß er zu jeder beliebigen Zeit bereit ist, Hinterfleisch auszuädern, und liegen bei ihm die Zeugnisse über seine Qualifikation zu diesem Amte zu jeder beliebigen Einsicht bereit.
Posen, im Februar 1850.

Colosseum.

Heute Sonnabend:

Letzte Große Redoute

mit und ohne Maske.

Nach der großen Pause wird die so sehr beliebte Pfeifen-Polonaise à la Hambourg aufgeführt werden. Entrée für einen Herrn 10 Sgr. Damen frei. Anfang 8 Uhr Abends. Peiser.

Wer einer geübten Pianistin ein Piano leihweise überlassen will, beliebe seine Adresse in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

Diejenigen Bürger, welche sich durch Beiträge zu dem Ehren-Geschenk für einen Mitbürger betheiligt haben, werden zu einer Konferenz auf Sonnabend den 17. Nachmittags 2 Uhr im Vorsaal des Hôtel de Saxe eingeladen.